



AFRIKA/D.R. KONGO - TROTZ GEGENWÄRTIGER EINHEIT IN KINSHASA BLEIBT DIE ITURI-FRAGE WEITERHIN EINE PRIORITÄT FÜR DEN DAUERHAFTEN FRIEDEN

Kinshasa (Fidesdienst) – „Wir begrüßen den Beschluss der neuen Regierung des Kongo über die Stationierung von Sondereinheiten der Polizei zur Wiederherstellung der Öffentlichen Ordnung in Ituri unter der Voraussetzung, dass diese über eine dem Mandat entsprechende Ausrüstung verfügen und unparteiisch vorgehen“, so ein Vertreter der Ortskirche, dessen Namen wir aus Sicherheitsgründen nicht nennen, gegenüber dem Fidesdienst. Der Ituri-Distrikt im Nordosten der Demokratischen Republik ist Schauplatz heftiger Gefechten zwischen mindestens zehn verschiedenen Rebellenbewegungen. Nach Aussage des Ministers Venant Tshipaka gehört zu den „Prioritäten“ der Regierung der Nationalen Einheit (die seit wenigen Wochen die Regierungsgeschäfte in Kinshasa übernommen hat) „die Lösung des Konflikts in Ituri, wo die Gefechte trotz des Friedens und der Einheit in Kinshasa weitergehen“. Zum Schutz der Zivilbevölkerung hatte die Europäische Union ein UN-Mandat für die Stationierung von Eingreiftruppen in der Distrikthauptstadt Bunia erhalten. Bereits seit einiger Zeit befinden sich vor Ort UN-Beobachter der MONUC-Mission, die jedoch nicht in der Lage sind die Gewalt vor Ort zum Stillstand zu bringen.

„Trotz der Präsenz internationaler Truppen bleibt die Lage in Bunia gespannt“, so ein Priester gegenüber dem Fidesdienst. „Man befürchtet die Wiederaufnahme der Gefechte und die Nachrichten, die wir aus den umliegenden Dörfern erhalten sind besorgniserregend. Wir befinden uns in einer katastrophalen Situation: es vergeht kein Tag, an dem es nicht zu einem Massaker kommt, wie es zum Beispiel in Drodoro vor wenigen Tagen verübt wurde“.

Das Mandat europäischen Friedenseinheiten beschränkt sich auf Bunia, in der Umgebung der Stadt und in den anderen Teilen des Bezirks herrschen deshalb anarchische Verhältnisse. Nach Schätzungen haben zwischen 200.000 bis 350.000 Menschen die Region verlassen.

„Die Kirche lebt unter denselben Bedingungen wie die meisten Menschen hier: Kirchen und Missionen werden geplündert, Priester und Gläubige bedroht und ermordet. Wir betrachten es jedoch als unsere Mission bei denjenigen zu bleiben, die unter dem Krieg leiden“, so der Priester weiter.

Doch es gibt auch Zeichen der Hoffnung: am 23. Juni haben fünf im Ituri-Distrikt agierende Guerilla-Gruppen das Niederlegen der Waffen und den Rückzug in ihre Stellungen angeboten. Die Vereinbarungen, die von Vertretern der UPC (Union der Kongolesischen Patrioten), FAPC (Bewaffnete Einheiten des Kongolesischen Volkes), der Nationalen Front der Integration, der Volksarmee des Kongolesischen Volkes und der Partei für die Einheit und den Schutz der Integrität im Kongo unterzeichnet wurden, kamen durch die Vermittlung der Vereinten Nationen zustande. (LM) (Fidesdienst, 30/7/2003 – 35 Zeilen, 349 Worte)